

mitte drin

Ausgabe 06 / 2020 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

In Pandemiezeiten wichtiger denn je: Unser Gemeinwesen stärken!

Der Virus hat unser Gemeinwesen einem Stresstest unterzogen: was ist wirklich wichtig für unser Zusammenleben? Welche Infrastrukturen, welche Daseinsvorsorge brauchen wir unabdingbar für unseren Alltag? Wir als LINKE haben bereits vor der Corona-Krise den Wert des Öffentlichen in den Mittelpunkt unserer Politik gerückt, weil sich nur Reiche einen armen Staat leisten können.

Es zeichnet Berlin historisch aus, dass alle Menschen, auch solche mit wenig Geld, hier lange ein selbstbestimmtes Leben führen konnten – und das auch in der Mitte unserer Stadt. Besonders seit Berlin attraktiv für Investorengeld ist und die Schere zwischen Arm und Reich stärker klafft, hat sich DIE LINKE zum Ziel gesetzt, die Durchmischung und Teilhabe aller Berlinerinnen und Berliner zu erhalten und auszubauen.

Die Corona-Pandemie hat uns noch eindringlicher vor Augen geführt, was wir in

Krisenzeiten zum Leben und Überleben unserer Gesellschaft brauchen: Krankenhäuser, Schulen, Kitas, öffentlichen Verkehr, digitale Infrastruktur, Gesundheits-, Sozial- und Jugendämter, Wissenschaft und Forschung. Nicht auf Kante genäht und in der Substanz kaputt gespart, sondern mit Puffern, die über den Normalbetrieb hinaus reichen. Der Status quo, den wir 2016 bei Regierungsantritt in Land und Bezirken vorfanden, war von den Sparzeiten der 1990-er und 2000-er Jahre geprägt. Vieles haben wir in nur vier Jahren erreicht: war 2014/2015 der Tiefstand beim Personal im öffentlichen Dienst mit ca. 105.000 Beschäftigten (VZÄ) erreicht, können wir heute nach vier Jahren r2g auf mehr als 15.000 Neueinstellungen blicken. Dies gelang auch, weil wir die Tarife wieder dem Bundesschnitt angleichen.

Aber auch die Infrastruktur der Verwaltung braucht weitere Investitionen: wer Staatsdiener im Home Office und digitale Amtsgänge



Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhaus

voranbringen will, muss Dienstgebäude mit sicheren Breitbandleitungen und Beschäftigte mit sicheren Laptops ausstatten.

Unsere Bildungseinrichtungen müssen krisenfest gemacht werden: in den Schulen heißt dies insbesondere, die digitale Infrastruktur auszubauen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. In Kitas und Horten geht es um

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Wie lässt sich Wohlbefinden im Kiez organisieren?

Geht das überhaupt? Und wer sollte das hinkriegen? Wolfgang Breitenhorn praktiziert das als Hauswart im Außenbereich in Mitte. Seine Touren beginnt er früh um sieben Uhr mit seinem Handwagen. Sein Handwerkszeug Besen und Schaufel, Laubbläser, und ...

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

Wenn aber Corona die Miete unbezahlbar macht ...

... weil Jobverlust, Kurzarbeit oder Auftragseinbrüche das Einkommen schrumpfen lassen, dass es klemmt? Dann kann Wohngeld helfen, die Krise zu entschärfen. Ramona Reiser, Linke Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste informiert über Hilfe.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Was wir gemeinsam brauchen, regelt nicht „der Markt“

Gute Politik muss alle Bereiche der Daseins- und Alltagsvorsorge vor unternehmerischen Begehrlichkeiten schützen. Gute Wohnungen und saubere Straßen, moderne Schulen und Kliniken, solide Kranken- und Pflegeversicherungen gehören der Allgemeinheit.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

Wir fordern:

**500 EURO
mehr Grundgehalt
in der Pflege!**



500 Euro mehr Grundgehalt in der Pflege!

**Danke heißt:
Mehr Gehalt!**

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt**Wohngeld hilft durch die Corona-Krise**

Viele Mieter*innen sind in der Corona-Krise durch Kurzarbeit, Auftragseinbrüche oder Jobverlust hart getroffen. Wohngeld ist eine Möglichkeit, in dieser Zeit die Wohnkostenbelastung zu entschärfen und kann helfen, wirtschaftlich die Corona-Krise zu überstehen.

Bereits zu Beginn des Jahres trat eine wichtige Wohngeldreformierung in Kraft. Neben den Einkommensgrenzen wurden hierbei die Obergrenzen für die maximal zuschussfähige Miete bzw. die Belastung bei Eigentümer*innen erhöht. Die genaue Höhe des Wohngeldes hängt natürlich weiterhin von mehreren Faktoren ab (Haushaltsgesamteinkommen, Miete, Anzahl der Haushaltsmitglieder etc.), doch die Novellierung hat bereits deutlich dazu beigetragen, dass nun mehr Menschen einen Anspruch auf Wohngeld haben. Grundsätzlich gilt, den Antrag so früh wie möglich zu stellen. So ist es wahrscheinlicher, dass die Wohngeldstelle ausreichend Zeit hat, das Anliegen zu prüfen und dass ggfs. die Leistung ohne eine Unterbrechung weiterfließt.

Um Mieter*innen vor dem Hintergrund der Corona-Krise zeitnah helfen zu können,

hat das Bundesministerium für Inneres (BMI) die Wohngeldstellen angewiesen, das Bewilligungsverfahren zu vereinfachen und Weiterleistungen automatisch zu ermöglichen. Hierauf machte auch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (SenSW) aufmerksam.



Stadträtin Ramona Reiser informiert

Unter Berücksichtigung der Hinweise von BMI und SenSW werden auch in Mitte Anträge schnellstmöglich bearbeitet. Im Normalfall müssen Bürger*innen mit dem Antrag umfangreiche Nachweise einreichen. Aktuell werden die Nachweise auf das für die Wohngeldberechnung zwingend

Notwendige beschränkt und können ggf. auch ab fotografiert und per Smartphone formlos übersandt werden. Die Antragstellenden können natürlich auch Fristverlängerung zur Einreichung der notwendigen Unterlagen beantragen.

Die Corona-Pandemie zeigt uns deutlich, wie wichtig das Recht auf Wohnen für alle ist. Bereits Ende April konnten wir feststellen, dass die Wohngeldantragszahlen coronabedingt und durch die Wohngeldnovelle deutlich angestiegen sind. In diesen besonderen Zeiten leisten die Beschäftigten des Amtes für Bürgerdienste wichtige Voraussetzungen, dass die Versorgung der Bevölkerung mit existenziellen Dienstleistungen sichergestellt wird. Noch haben wir Corona nicht überstanden, sodass der Schutz der Bürger*innen sowie der Beschäftigten vor Infektionen weiterhin oberste Priorität hat und die Bearbeitung von Anliegen im Wohnungssamt ausschließlich schriftlich erfolgt. Doch wir arbeiten auf Hochtouren an dem Wiedereinstieg in den Regelbetrieb.

Ramona Reiser

Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste

Aus der BVV**Sozialassistenten-Ausbildung – ohne Zugangsbeschränkung**

Die Linksfraktion Berlin-Mitte konnte, anders als in der letzten Ausgabe der Mittendrin geschrieben, es doch zur letzten Bezirksverordnetenversammlung am 30. April schaffen, den Antrag „75 Jahre Befreiung vom Faschismus angemessen in Berlin-Mitte gedenken“ durchzusetzen.

Ein weiterer Antrag der Linksfraktion, der am 30. April beschlossen wurde, ist „Sozialassistenten-Ausbildung - ohne Zugangsbeschränkung und schulgeldfrei!“. Darin wird das Bezirksamt aufgefordert, sich gegenüber dem Senat dafür einzusetzen, dass die Platzkapazitäten für die Ausbildung zur Sozialassistentin bzw. zum Sozialassistenten bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dies soll vorrangig an den öffentlichen Ausbildungseinrichtungen (OSZ) erfolgen. Gleichzeitig soll sich das Bezirksamt dafür einsetzen, dass die o.g. Ausbildung an den privaten Ausbildungseinrichtungen schulgeldfrei erfolgt. Die Kosten soll das Land übernehmen.

Die Ausbildung zur Sozialassistentin/zum Sozialassistenten ist begehrt. Die Nachfrage nach entsprechenden Ausbildungsplätzen übersteigt deutlich das Angebot. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Ausbildung und dem Erwerb des Mittleren Schulabschlusses erfüllen die jungen Menschen die Voraussetzungen für die Ausbildung zur Erzieher/in. Gleichzeitig ist der Einstieg in eine verkürzte Altenpflege-Ausbildung möglich. Es ist für viele mit einer eher schlechten Schulausbildung das Sprungbrett für einen qualifizierten Beruf im sozialen Bereich. Der Mangel an Plätzen für diese Ausbildung kann gegenwärtig durch die staatlichen Schulen nicht gedeckt werden. Hier sollte der Ausbau der Platzkapazitäten vorrangig erfolgen, auch weil diese Ausbildung schulgeldfrei ist. Bewerberinnen und Bewerber, die an private Schulen ausweichen, müssen für die gleiche Ausbildung Schulgeld zahlen. Das Land hat im Bereich der Ausbildung in den Pflege- und erzieherischen Berufen bereits die Kosten für die Ausbildung

übernommen. Da die Ausbildung zur Sozialassistentin bzw. zum Sozialassistenten bei Vorliegen der Voraussetzungen in einen entsprechenden Ausbildungsabschluss münden kann, sollte dieser Zugang ebenfalls schulgeldfrei für alle Schülerinnen und Schüler sein. Angesichts des Fachkräftemangels ist dies für alle Beteiligten sinnvoll und geboten.

Andreas Böttger

Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE.
in der BVV von Berlin-Mitte

**Die Linke – Fraktion in der BVV
Mitte von Berlin**

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Wir setzen uns weiter für eine S-Bahn aus einer Hand ein!

Seit etwa 2 ½ Jahren diskutiert DIE LINKE in Berlin über die anstehende Ausschreibung der S-Bahn. Auf den vergangenen drei Landesparteitagen wurden Anträge beschlossen, die für die Abgeordnetenhausfraktion handlungsleitend sind: Wir wollen keine Zerschlagung der S-Bahn und weiterhin Betrieb und Instandhaltung aus einer Hand!

Aufgrund des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist eine Ausschreibung des S-Bahn-Betriebs zwingend. Wie bei jeder Ausschreibung besteht das Risiko, dass es zu einer Privatisierung kommt. Jedoch konnten wir einige zentrale Punkte durchsetzen, die die gute Möglichkeit schaffen, dass das Netz auch künftig aus einer Hand betrieben wird und die Arbeitsplätze und Rechte der Beschäftigten bei Betrieb und Werkstätten erhalten werden. Ursprünglich wollte die grüne Verkehrsverwaltung die beiden Teilnetze getrennt ausschreiben. Zudem sollten Betrieb und Instandhaltung der Fahrzeuge getrennt werden. Die geforderte Loslimitierung hätte festgeschrieben, dass die Teilnetze von unterschiedlichen Betreibern bedient werden wären. DIE LINKE konnte dies verhindern und durchsetzen, dass ein Gesamtangebot für beide Teilnetze und integriert für Fahrzeugbeschaffung,

Instandhaltung und Betrieb möglich ist.

Alternativen zur Ausschreibung stehen leider aufgrund der Rahmenbedingungen aktuell nicht zur Verfügung. Die nach EU-Recht bestehende Möglichkeit einer Direktvergabe an externe Unternehmen wie die S-Bahn Berlin GmbH ist dem nationalen Recht (GWB) nachgeordnet. Um sie zu ermöglichen, braucht es eine Änderung des GWB. Eine solche Bundesratsinitiative haben wir in die Koalition eingebracht, jedoch noch nicht die Zustimmung aller Koalitionspartner.



Fahrt frei für Bahnen in Berliner Hand!

Eine Direktvergabe an ein landeseigenes Unternehmen, wie z.B. beim U-Bahn- und Straßenbahnbetrieb an die BVG, wäre nach deutschem Vergaberecht möglich. Gründung und Aufbau eines neuen Betreibers erfordern jedoch Zeit. Diese Zeit ist nicht vorhanden, damit die neuen S-Bahn-Wagen rechtzeitig geliefert werden können. Ein weiterer Weg wäre die Übernahme der S-Bahn in Landes-eigentum. Bislang blieben Anfragen erfolglos. Gemeinsam mit der Bundestagsfraktion gehen wir diesen Weg weiter. Um hierfür in der Koalition Unterstützung zu bekommen braucht es den öffentlichen Druck, auch um die alte

LINKE-Forderung nach einer Kommunalisierung der S-Bahn umzusetzen.

Was wäre das Ergebnis, denkt man die Forderung nach einem Stopp der Ausschreibung zu Ende? Zunächst gibt es dafür keine Mehrheit mit SPD und Grünen und könnte das Ende von R2G bedeuten. Die Rahmenbedingungen, die keine Direktvergabe ermöglichen, bestünden aber immer noch. Im schlimmsten Falle würde eine andere Koalition eine Ausschreibung ohne Einfluss der LINKEN durchsetzen. Was das wohl für die Interessen der Beschäftigten bedeuten würde? Zudem würde durch die starke Verzögerung der Ausschreibung die Beschaffung der S-Bahn-Wagen weiter vertagt und das Risiko einer weiteren S-Bahn-Krise erhöht.

Also versuchen wir, das zu befürchtende Schnittstellenchaos bestmöglich zu vermeiden und zu verhindern, dass der Wettbewerb auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen ausgetragen wird. Neben den Arbeitsplätzen geht es um die Bezahlung auf dem jetzigen Niveau, die Sicherung der Anzahl der Ausbildungsplätze sowie die Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen. Die Absicherung der Beschäftigtenrechte ist auch wichtig, damit wir nicht in eine Situation wie in anderen Bundesländern kommen, wo neue Betreiber nicht ausreichend Personal hatten, um den Betrieb aufzunehmen.

Das Thema wird uns nach dem Senatsbeschluss weiter begleiten. Wir müssen als LINKE endlich die Spielregeln ändern. Ernsthaftige Verhandlungen mit Bund und Bahn müssen unser Ziel sein und dafür brauchen wir jede Unterstützung!

Kristian Ronneburg,

Verkehrspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

Infos zur Kritik an der geplanten S-Bahn-Ausschreibung: neben dem BV-Neukölln u.a. positioniert sich auch die BO-Wedding gegen das Vorhaben und unterstützt das Aktionsbündnis eine-s-bahn-fuer-alle.de.

Infos zum Arbeitskreis „Keine Zerschlagung und Privatisierung der Berliner S-Bahn“, Aktionen, BO-Wedding-Beschluss etc.: [BO-Wedding linkstreff.de](http://BO-Wedding.linkstreff.de), bo_wedding_kokreis@linkstreff.de

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449

Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße

Während der Öffnungszeiten telefonisch erreichbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.

buero.schulze@linksfraktion.berlin
www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE/
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Fortsetzung von Seite 1: In Pandemiezeiten wichtiger denn je: unser Gemeinwesen stärken!

die Anerkennung in erzieherischen Berufen – durch akademische Qualifizierung und Aufstiegschancen einerseits, durch eine bessere Bezahlung andererseits. Die „Corona“-Prämie, die kürzlich vom Senat beschlossen wurde, ist richtig. Sie ersetzt aber keine grundlegende Verbesserung der Tarifstruktur.

Unsere Krankenhäuser standen im Zentrum des Pandemiegeschehens. Sie haben in kürzester Zeit Kapazitäten für Covid-Patient*innen freigemacht und waren auf das Schlimmste gefasst. Für das Personal ist das Arbeiten unter Pandemiebedingungen trotz des bisherigen Ausbleibens der Katastrophe

eine besondere Belastung. Den Fachkräftemangel in der Pflege kann nur beheben, wer die Arbeitsbedingungen und die Personalausstattung verbessert. DIE LINKE unterstützt das Volksbegehren „Für gesunde Krankenhäuser“ mehr denn je.

Wer in dieser Situation nach neuen Sparprogrammen ruft, gefährdet das Erreichte und damit die Zukunft und den Zusammenhalt der Stadt. Die nächste Krise kommt bestimmt.

Tobias Schulze

(Mitglied des Abgeordnetenhauses und stellvertretender Vorsitzender der LINKEN Berlin)

Mietendeckel auch für Sozialwohnungen gefordert

Manche Sozialwohnung in Mitte ist teurer als eine Wohnung auf dem freien Markt

Für einen Teil der Berliner Sozialwohnungen konnten in den letzten Jahren zwar weitere Verteuerungen verhindert werden, aber nicht für alle. So gibt es noch immer Fälle wie den eines Mietanstiegs für eine Sozialwohnung in zwei Schritten vom Dezember 2018 bis Dezember 2019 um mehr als 100 Euro auf 728,- Euro!

Mitte, wollte man „Zuzugsanreize“ für einkommensstärkere Haushalte schaffen, so der damalige Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD).

Ob solche Anreize angesichts eines leer-gefügten Wohnungsmarkts überhaupt noch angebracht waren, bezweifelte bereits damals u.a. der Berliner Mieterverein (BMV).



Sozialbau der Moabiter Heinrich-Zille-Siedlung in zentraler Lage

In einem Offenen Brief, den die Mieterinitiative „Kotti&Co“ an Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linke) sowie die Fraktionschefs und wohnungspolitischen Sprecher der rot-rot-grünen Regierungskoalition geschickt hat, fordert sie einen Mietendeckel auch für die rund 100.000 Sozialwohnungen. Dabei erinnert sie daran, dass Berliner Sozialwohnungen vom Mietendeckel ausgenommen sind. „Wir fordern hiermit von Ihnen, dass Sie endlich einen nachhaltigen Deckel für die Sozialmieten erarbeiten“, heißt es im Brief.

Der 2013 beschlossene Wegfall der Anschlussförderung bewirkte mit der „Kostenmiete“ ungeahnte Mieterhöhungserklärungen. Mit dem Verzicht auf eine Vorlage des Wohnberechtigungsscheins (WBS) in 16 Großsiedlungen des Sozialen Wohnungsbaus, wie z.B. der „Heinrich – Zille - Siedlung“ in

Geschäftsführer Reiner Wild kritisierte, es sei absurd, dass man die Wohnungen nicht für diejenigen reserviere, die ihrer bedürfen. „In Konkurrenz zu gut verdienenden Haushalten werden sie zwangsläufig den Kürzeren ziehen, denn Vermieter entscheiden sich praktisch immer für den solventeren Bewerber.“ Ohnehin liegen mindestens 60 Prozent aller Berliner Haushalte innerhalb der Einkommensgrenzen des Wohnberechtigungsscheins.

Es ist also Zeit, die Ziele des Koalitionsvertrags von 2016 endlich zu erfüllen, nämlich die Mieten im Sozialen Wohnungsbau zu senken und nach dem Einkommen zu staffeln. Zumal der 2017 eingeführte Mietzuschuss nur für eine „angemessene“ Wohnfläche gezahlt wird, was bei einer Änderung der Familienverhältnisse äußerst problematisch ist.

Rainer Scholz

Kurznachrichten

➤ Rohrverleger in Mukran eingetroffen

Das russische Spezialschiff „Akademik Cherskiy“ liegt im Hafen an der Ostküste Rügens. Die Aufgabe der Mannschaft ist der Weiterbau der Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 über die letzten 160 Kilometer der insgesamt rund 2500 Kilometer langen Rohrleitung in der Ostsee, über die dann russisches Erdgas nach Deutschland fließen wird.

➤ DRK hat jetzt 443 300 ehrenamtliche Helfer

Das wurde mit dem Jahresbericht für 2019 veröffentlicht. Gerade in der Coronakrise habe sich gezeigt, dass die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, über alle Altersgruppen hinweg sehr groß ist. Im vergangenen Jahr traten dem Deutschen Roten Kreuz über 8000 neue Ehrenamtler bei.

➤ Ein Arbeitgeber, der mit tollen Angeboten wirbt

Er versteht sich selbst als „sinnstiftender und qualifizierender“ Arbeitgeber, vor allem für junge Leute, die eine solide Ausbildung suchen. Bewerbungen sind zu richten an die – Bundeswehr. Ob es dann zu Praktika nach Afghanistan oder Mali geht, wird später entschieden.

➤ Gute Nachricht für alle, die in der Corona-Pause aufgeräumt haben

Die reduzierten Öffnungszeiten der Recyclinghöfe werden beendet. Sie mussten zeitweilig eingeschränkt werden, weil es Personalprobleme gab. So hatten sich acht Mitarbeiter mit dem Coronavirus infiziert. Die Öffnungszeiten werden wieder ausgeweitet. Die Höfe sollen künftig wieder ab Montag bis Sonnabend von 8 bis 14 Uhr geöffnet sein, teilte die Berliner Stadtreinigung mit.

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Bei anderen gelesen

► Corona und Freiheiten

Freiheit bringt auch Verantwortung, gerade in Corona-Zeiten. Freiheit heißt nicht nur Selbstverwirklichung, sondern sie verpflichtet auch, denn Freiheit ist mehr als ein Gefühl. Wir Deutschen lernen so gerade durch die Einschränkungen der Corona-Zeit zu schätzen: die Freiheit, die Gewöhnung fiel umso leichter, wenn man nicht um sie hat kämpfen müssen. Sich zu beherrschen, ist die Kraft, die uns dazu bringt, auch über uns selbst hinauszugehen... Die eigene Freiheit endet dort, wo die Freiheit anderer geschützt werden muss.

„Der Tagesspiegel“, Mai 2020

► Gesundheitssysteme und Aufrüstung

Die globale Corona-Pandemie legt vielerorts gravierende Mängel des Gesundheitssystems so offen, dass sie keiner mehr übersehen kann. Die Sicherheit für das Leben der Bürger ist direkt gefährdet. Die soziale Existenz wird in Frage gestellt. Die Wirtschaft muss so stark herunter gefahren werden, dass es lange brauchen wird, die Folgeschäden zu bewältigen ... Manche Experten plädieren vehement dafür, die Verteidigungskosten auf 2% des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, sowie endlich eine realistische, an tatsächlichen Bedrohungen orientierte Politik zu verfolgen. ... Noch bedenklicher ist das Verlangen nach mehr Rüstung in einer Zeit, in der das deutsche Verteidigungsbudget seit 5 Jahren unablässig steigt und die internationalen Rüstungskosten nur eine Richtung kennen: nach oben. Zugleich steigen aber auch die Kosten für die Bewältigung der Coronakrise in unvorstellbare Höhe. Mehr menschliche Sicherheit ist die angemessene Friedensstrategie für die Covid-19-Welt, für die danach erst recht.

„Der Freitag“, Ausgabe 20/2020

► Marschallplan und Corona

Wenn jetzt von einem Marschallplan für den Wiederaufbau Europas nach der Corona-Krise die Rede ist, sind die Umstände mit damals nur bedingt zu vergleichen. Doch es geht auch heute darum, die Hoffnung zu wecken und die Zukunft der Kooperation in Europa zu sichern. Die EU-Staaten sollten einen mutigen Schritt in Betracht ziehen: die Schaffung einer Solidaritäts- und Demokratieverwaltung für einen Wiederaufbaufonds. Nicht mit frommen Worten und leeren Drohungen, sondern mit einer Sprache, die überall verstanden wird, die des Geldes. Gerold Knaus in

„Der Spiegel“ Nr. 18 vom 25.04.2020

Menschen in Mitte

Kiez-Pfleger Wolfgang Breitenborn sorgt für Wohlbefinden

Rund 18 000 Schritte geht Wolfgang Breitenborn laut seinem Handy-Schrittzähler trotz Corona-Einschränkungen viermal wöchentlich durch den Kiez zwischen Schilling-, Singer-, Neue Blumenstraße und Karl-Marx-Allee. Zu seiner Ausrüstung gehören Besen, Schaufel, Unkrautbrenner, Laubbläser und

Unmengen Laub an. Zu tun habe ich immer.“ Sein Job sei deshalb ideal, weil „ich an der frischen Luft arbeiten, den Ablauf selbstständig einteilen kann und mir Natur und Umwelt einfach Spaß machen“. Aber der zweifache Vater, der mit einer Altenpflegerin verheiratet ist, ärgert sich, dass es Passanten in den Straßen gibt, die gedankenlos ihre Zigarettenkippen oder Papierfetzen auf den Boden werfen. „Auch stören mich Plastiktüten und Müll in den Biotonnen“.

„Seitdem Herr Breitenborn zu uns kommt, ist es hier immer sauber und gepflegt“, loben die Bewohner. Und er nimmt sich hin und wieder – auch bei der Coronapandemie – die Zeit für ein Schwätzchen vor der Haustür über das Wetter und die Zeiten, natürlich momentan bei anderthalb Metern Abstand.

Wolfgang Breitenborn war 1963 im niedersächsischen Vöhrum geboren worden. In Seesen am Rande des Harzes ging der Sohn eines Stapelfahrers und einer Köchin zur Schule, die er dann in Berlin, wohin die siebenköpfige Familie 1978 gezogen war, beendete. Eigentlich wollte er Autoschlosser werden, wurde aber bei Siemens Fräser. Doch statt Bauteile für Maschinen und Fahrzeuge zu fertigen,

wollte er lieber moderne Fenster und Türen in sanierte Altbauten einbauen, arbeitete 34 Jahre in einer Tischlerei.

Mit der U-Bahn kommt der fleißige Kieziniger nun täglich aus Neukölln zur Zentrale der Wohnungsbaugenossenschaft Solidarität in der Schillingstraße. Von hier startet er dann seine Touren. Auch in der Freizeit werkelt er gern, hilft bei Reparaturen in Wohnungen seiner Familie und im Garten seiner Schwester. Wenn seine Frau von der Schicht im Pflegeheim nach Hause kommt, hat er oft schon gekocht. „Wenn diese komplizierten Coronazeiten endlich vorbei sind, würden wir gern mal nach Griechenland fliegen“, sagt er voller Vorfreude. „Aber danach zieht es mich wieder zurück in den grünen Kiez in Berlin-Mitte.“

Matthias Herold



Großes Lob der Bewohner für Wolfgang Breitenborn

Papierzange. Früh um sieben beginnt der Hauswart im Außenbereich seine Touren mit einem Handwagen durch das Wohngebiet mit Fünf- bis 16-Etagen-Wohnhäusern mit ihren Vorgärten und großzügigen Grün- und Parkanlagen rundum.

„Ich bin jetzt 40 Jahre berufstätig, aber erst 2018 habe ich meinen Idealjob gefunden“, gesteht der 56-jährige rührige Kiezpfleger. „Für die Mieter der Wohnungsbaugenossenschaft Solidarität e.G. Sorge ich für Sauberkeit, Ordnung und damit mit für deren Wohlbefinden. Ich kehre, sammle Papier, Glasbruch und Zigarettenkippen auf, brenne Unkraut zwischen den Gehwegplatten weg und leere die Papier- und Abfallbehälter. Im Sommer müssen die Blumenrabatten, Wiesen und Bäume mit viel Wasser versorgt werden. Im Herbst fallen

Wo? Was? Wie? Wann?

Mir kommt der Zeitsinn abhanden, manche wollen von nichts wissen, alle reden über Corona, die Masken werden bunter, auf Bürgersteigen wird wieder Rad gefahren, schniefen Jogger, dabei ist Minimaldistanz eine zivilisatorische Errungenschaft. In der Tram versperrt mir das Fahrrad des Unmaskierten den Einstieg. Ich murre maskiert, er droht. Ist das der Irrsinn Einzelner?

1938 konnte fürs deutsche Volk kriegsvorbereitend eine „öffentliche Daseinsvorsorge“ erwogen werden, da war der jüdische Teil der Bevölkerung bereits entrechtet. Heute bedeutet öffentliche Vorsorge, dass Bundesländer, Regionen, Kommunen, Gemeinden, Stadtbezirke im Staatsauftrag wirtschafts-, gesellschafts-, sozial- und kulturpolitische Leistungen für die ganze Bevölkerung umsetzen, aber mit Corona kommen auch die neuen Sichten und Projekte. Ähnlich wie um 1900? Berlins Hygiene hatte vorbildhaft staatlich und unternehmerisch auf gewesene Seuchen reagiert, die Industrialisierung vervielfachte Menschenmassen, Mietquartiere, Eigentum, Armut, Verkehr, Kommunikation, Freizeit, Schnaps und Wohltätigkeit, Kriegs- und Nachkriegszeit veränderten soziale, ökonomische, kulturelle, psychologische Ansprüche, technische Revolutionen griffen, politisch gesteuert,

auf die Versorgung mit Gas, Wasser, Energie, Abwasser, Abfall, auf Kommunikation, Post, Medien, Schulen, auf Kitas, Krankenhäuser, Nahverkehr, Verwaltung, Gesundheit, Polizei, Justiz, Sicherheit, soziale, karitative, kulturelle Dienste zu. Jetzt hat die digitale Revolution die gesellschaftliche Software gepackt, Lebensstile passen sich an. Die heutige Ruhe ist für Berlins Mitte so trügerisch wie schwacher Verkehr, doch der Himmel bleibt azurblau, grellgelbe Sonne, strahlendes Häuserweiß, sattes Grün in Parks. Noch sind Passanten umsichtig, gilt Abstand auf breitem Trottoir, wird der vorsichtige Gang durch befremdlich

leere, saubere, stille Nebenstraßen zum Abenteuer. Der geweitete Blick fällt auf verborgene Ecken, alten Stuck, witzige Graffiti, verwachsene Friedhöfe, prächtige Blumen, Hinterhöfe, Schaufenster, Menschen, die auf Treppenstufen sitzen. Einst machte Stadtluft frei von der Last ländlich-familiärer

Stayhome



Corona beflügelt die Kunst

Bindungen, selbst ärmere Stadtnachbarnschaften verhiessen freies Leben, Arbeit, Politik, Amüsement, Kinder, Leid, Tod. Das ist Geschichte, die Gegenwart hat Corona, das Miteinander braucht rigide Regeln, doch alte Gewohnheiten verharren. Mal sehen, wie es jetzt weitergeht.

Irene Runge

Sozial oder asozial?

Man hat immer eine Wahl, auch in der Politik

Berlin kam bisher relativ glimpflich durch die Corona-Pandemie. Im Vergleich mit anderen Bundesländern und im internationalen Vergleich. Dennoch wird der Lockdown, das Herunterfahren der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens, verheerende soziale Folgen für die große Mehrheit der Bevölkerung mit sich bringen.

Im April dieses Jahrs waren in Berlin 28.369 mehr Menschen arbeitslos als vor einem Monat und 33.804 mehr als vor einem Jahr. Laut einer IHK-Umfrage bei den Berliner Unternehmen haben 63 Prozent der Befragten Kurzarbeitergeld für ihre Angestellten beantragt, 50 Prozent planen Personalabbau. Kaufkraftverlust und Konsumklima dürften für viele der Betroffenen die geringste Sorge sein. Viele Menschen

treibt die nackte Existenzangst um, vor allem die Angst um das Dach über dem Kopf. Eben diese Menschen waren die Zielgruppe der Berliner R2G-Regierung, als diese den sogenannten Mietendeckel beschloss. Endlich Aufatmen in der Stadt, die seit Jahren zum Eldorado der Immobilienwirtschaft wurde, in der sich die Angebotsmieten in den letzten 5 Jahren im Bestand um 30 und im Neubau um 44 Prozent erhöhten, die Mehrheitsbevölkerung aber nach wie vor „arm aber sexy“ ist. Auch wenn es so nicht geplant war, der Mietendeckel kam gerade zur rechten Zeit und schützt die Berliner*innen vor weiter steigenden, für viele unbezahlbaren Mieten.

Doch nicht allen ist der Sinn nach sozialem Ausgleich. Union und FDP im Bundestag zogen am 6. Mai vor das Bundes-

verfassungsgericht. Ihre Berliner Kolleg*innen beschäftigen seit dem 25. Mai das Berliner Verfassungsgericht. Ihr gemeinsames Ziel: den Mietendeckel kippen. Sie haben sich nicht damit abgefunden, dass eine Wahlentscheidung (im Herbst 2016 löste in Berlin R2G die CDU-SPD-Koalition ab) auch einen Politikwechsel zur Folge haben kann. Ihnen gefällt es nicht, dass Klientelpolitik auch im Sinne der Bevölkerungsmehrheit interpretiert werden kann. 85 Prozent der Berliner*innen sind Mieter*innen. Es sind CDU und FDP, die seit Jahren erbarmungslos versagen, wenn es um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum geht.

In Zeiten wie diesen ausschließlich dem Profit zu dienen, ist asozial und an Instinktilosigkeit kaum zu übertreffen.

Sven Diedrich

Aus dem Abgeordnetenhaus

Öffentlichen Sektor ausbauen und stärken

Öffentliche Hand ist ein schöner Begriff. Umgangssprachlich wird er gern für den „Öffentlichen Sektor“ benutzt, was mehr meint, als den klassischen Öffentlichen Dienst, in dem deutschlandweit mehr als 4,5 Millionen Menschen arbeiten.

Für mich ist die Öffentliche Hand gut beschrieben mit dem Wort „Fundamentalökonomie“, umfasst es doch all jene Bereiche, die umso besser zum „gesellschaftlichen Wohlstand beitragen, je weniger sie nach kapitalistischen Prinzipien organisiert sind und funktionieren“, wie ich in einem Buch über „Die Ökonomie des Alltagslebens“ gelesen habe – eine kollektive, interdisziplinäre Arbeit von Wissenschaftler*innen (edition suhrkamp 2732).

Öffentliche Bereiche der Daseins- und Alltagsvorsorge brauchen den vorausschauenden, fürsorgenden Staat, seinen Schutz

und natürlich auch strenge Aufsicht. Ohne all das, was der Staat seinen Bürger*innen an Infrastruktur, Verwaltungen, Rechtssystem und Ordnungsaufsicht zur Verfügung stellt, könnte Kapitalismus gar nicht funktionieren. Kein Unternehmen wäre in der Lage zu wirtschaften, ohne die Bereitstellung von Wasserleitungen und Sozialwohnungen, Straßen und Pflegeheimen, Krankenversorgung und Rentenversicherung, Schienenverkehr und öffentlicher Verwaltung, Bildungseinrichtungen und Umweltpflege.

Es ist Aufgabe einer guten, vorsorgenden Politik, diese Bereiche vor jenen unternehmerischen Begehrlichkeiten zu schützen, die darauf aus sind, den öffentlichen Sektor möglichst durchzukapitalisieren. Für solche Bemühungen stehen Unternehmen wie die „Deutsche Wohnen“ und steht das Argument, privat wäre effizienter, somit kostensparender und am Ende für die Menschen nützlicher, außerdem regle der Markt schon Angebot und Nachfrage ausreichend, es könne also nichts Schlimmes passieren.

Wir sagen „Nein“ und bemühen uns stattdessen um eine Stärkung und den Ausbau des Öffentlichen Sektors. Wir wollen mehr



Carola Blum, Vorsitzende der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Personal für die Verwaltungen, die Bezirke finanziell besser ausstatten, den kommunalen Sektor stärken, ausbauen, ertüchtigen, dem Nachwuchsmangel im öffentlichen Dienst begegnen.

Und auch wenn das jetzt ein harter thematischer Schnitt ist: Nachwuchsmangel hat oft etwas mit mangelndem Mut zum Wechsel zu tun. Trifft auf uns nicht zu. Wie zu Beginn der Legislatur angekündigt, sorgen wir jetzt dafür, dass unsere Fraktion eine neue, kluge, gute, und ja, auch jüngere Spitze bekommt. Ich war unglaublich gern Fraktionsvorsitzende und ich werde genauso gern meine Erfahrungen weitergeben und die neuen Vorsitzenden unterstützen. Sie werden ihre Sache gut machen.

Carola Blum

BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
www.carola-bluhm.de

Sozial- und Mietenberatung
aufgrund der aktuellen Lage zur Zeit nur telefonische Beratung, Termine: kontakt@carola-bluhm.de

Der Streit um die Gefährlichkeit des COVID-19-Virus ...

... lenkt nur ab. Wir sollten uns dem Fakt zuwenden, dass die Gesellschaft, in der wir leben, keinerlei Virus benötigt, um zu erkranken. Sie ist krank. Die Krankheit heißt Kapitalismus. Inmitten des Lockdown erklärte Hendrik Leber, Chef der Kapitalverwertungsgesellschaft ACATIS Investment: „Ich habe meinem Team gesagt: Lasst uns auf die Jagd gehen. Denn uns kommen reihenweise tolle Gelegenheiten entgegen“. Ein marxistisch geschulter Mensch würde in diesem Kontext sagen: In der Krise nimmt die Kapitalkonzentration zu. Und er weiß: Die Folgen dieses ungeheuren Crashes werden auf die Lohnabhängigen abgewälzt und auf diejenigen, die nicht einmal mehr ihre Arbeitskraft verkaufen können. Und auch

ungezählte Mittelständler weltweit stehen vor dem Ruin.

Einige hingegen nutzen die tollen Gelegenheiten. Während sich der Börsenkurs der Lufthansa im freien Fall befindet, kaufte unlängst der zehntreichste Mann Deutschlands deren Aktien im großen Stil. Heinz H. Thiele, Chef von Knorr-Bremse, ist damit der größte Einzelaktionär der Lufthansa. Er kalkuliert, dass der deutsche Staat dieses Unternehmen nicht wird pleitegehen lassen. Thiele, der nicht nach Tarif bezahlt und dessen Vermögen auf 12 Mrd. Euro geschätzt wird, beantragte, damit Knorr-Bremse die Corona-Krise übersteht, Geld beim Staat – sprich beim Steuerzahler, um 4 000 Arbeiter

auf Kurzarbeit setzen zu könnn. Zugleich wird er Dividende an seine Aktionäre ausschütten, 200 Millionen davon für sich und seine Familie. Er besitzt die Dreistigkeit, formal korrekt festzustellen, er beantrage keine Staatshilfen, da Kurzarbeitergeld eine Versicherungsleistung aus der Arbeitslosenversicherung sei. Nur - die eingezahlten Beiträge werden nicht reichen. 15 Mrd. Euro Steuergelder werden zusätzlich erforderlich sein.

Gegen dieses System müssen Linke antreten und gegen eine daraus resultierende Politik, die die Grundrente infrage stellt und 150 Kampfflugzeuge, darunter atombomben-tragende, beschafft.

Ellen Brombacher

Das ist das Letzte

Überall locken Lockerungen! Das Wettrennen der Landesfürsten läuft. Es geht um die Einschränkung der Einschränkungen. Eisbrecher war Bayern mit Söder. Der genehmigte eine Demo auf der Oktoberwiese in München gegen die „Diktatur der Virologen“. Aber damit die 1.000 Teilnehmer nicht alle 13 Tabus brechen, umzingelte er sie mit 900 Aufpassern in Uniform und Zivil. So hatte jeder Protestant seinen eigenen Polizisten. Das brachte ihn beim Schaulaufen der Politiker auf Platz 2 hinter Mutti Merkel.

Wer hätte das vor 30 Jahren gedacht, als die Muster-Demokraten die DDR befreiten? Reisen nur innerhalb der eigenen Grenzen. Aussetzung verbrieft Grundrechte. Fußball nur für Profi-Kicker, nicht für KITA-Kids! Stuhlgang nur mit gehortetem Klopapier! Restaurant nur mit Anmeldung und Platzierung nach Verwandtschaft? Drohung mit Pflichtimpfung? Pfui!

Da können die Oassis nur grinsen. Das hatten sie abgeschüttelt. Dabei ging auch das Recht auf Arbeit, der Nahverkehr auf Trinkgeld-Basis; gleiche Frauenlöhne; bezahlbare Mieten und eine „Enkel-taugliche“ Friedens- und Bildungspolitik über Bord! Kam der Osten etwa durch mehr „Nestwärme“ im sozialen Ausgleich zu einer stärkeren „Herden-Immunität“? Doch wann nimmt die Spitze der „Linken“ ihren politischen „Mundschutz“ ab? Alle systemkritischen Beobachter sagen: Wir brauchen neue Formen des Zusammenlebens! 16 Fürstentümer ersetzen keine weitsichtige Zentralgewalt. Mit Netzlöchern verfolgt man keine Infektionsketten. Vorbeugen ist billiger als Heilung! Seuchen wachsen im Schoß der Armut!

Doch wer sorgt für eine Vermögensabgabe der Superreichen? Für mehr Kurzarbeitergeld und Pflege-Prämie? Und wenn so viele Teilsysteme im privaten Egoismus versagen, sollte man dann nicht neue Eigentumsregeln erproben? Und wenn kein sozial-ökologischer Wandel garantiert ist – wer oder was rettet uns dann vor den Viren und Wirren des Profitsystems? Deutschland hat viel Knete aus den Staatstresoren für die Systemrettung geopfert. Jetzt nahen die Umverteilungen und Kürzungen. Da hilft den Habenichtsen und Mittelständlern kein Mundschutz!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 26.05.2020

Ausgabetag für Nr. 07-08/2020 – 02.07.2020

Zurück zum solidarischen Gesundheitssystem

Das deutsche Krankenhauswesen ist in den letzten 20 Jahren unter dem Gesichtspunkt der Privatisierung und Kostensenkung umgebaut worden. Mit der Einführung von Fallpauschalen (DRG) im Jahre 2003 wurden die Krankenhäuser in der Bundesrepublik zu „Profitcentern“ gemacht. Deshalb haben private Unternehmen verstärkt Krankenhäuser aus Kommunal- und Landesbesitz über-

Arbeit ist lebenswichtig und muss auch so bezahlt werden.

In der aktuellen Pandemie sollen alle Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen – auch das Reinigungs- und Küchenpersonal – eine Corona-Zulage von 500 Euro im Monat erhalten. Aber Krankenhäuser sind auch außerhalb der Corona-Pandemie systemrelevant. Um zu einem solidarischen Gesundheitssystem zurückzukehren, fordert



Ein Hoch auf die wahren Helden in dieser Zeit!

nommen. Bei einer durchschnittlichen Umsatzrendite (Gewinn) bei Krankenhauskonzernen von 10 Prozent und bei einzelnen Häusern bis 15 Prozent wird mit der Gesundheit der Menschen großer Profit gemacht. Das geht zu Lasten der Patienten und der Beschäftigten.

Das war aber noch nicht genug. Die Bertelsmann-Stiftung hat im Juli 2019 ihre Pläne für den Umbau des deutschen Gesundheitswesens vorgestellt und eine weitere Runde von Krankenhaus-Schließungen eingefordert. Aus Kostengründen sollten von den derzeit knapp 1.400 Krankenhäusern in Deutschland nur deutlich weniger als 600 größere und bessere Kliniken erhalten bleiben. Zum Glück wurden die Ziele der neoliberalen Gesundheitsökonom der Bertelsmann-Stiftung bisher noch nicht umgesetzt. In der aktuellen gesundheitlichen Krise durch Covid-19 würde die Bundesrepublik ohne eine breit aufgestellte Krankenhauslandschaft sehr viel schlechter aussehen.

Weil die Arbeitsbedingungen in den deutschen Krankenhäusern unzumutbar sind, fehlen aktuell mehr als 100.000 Pflegekräfte. Deshalb fordert DIE LINKE, dass die Grundgehälter in der Pflege dauerhaft um 500 Euro im Monat angehoben werden müssen. Diese

DIE LINKE die Abschaffung der Fallpauschalen. An Stelle dessen sollen die Krankenhäuser ein Budget bekommen, das die tatsächlichen Kosten komplett abdeckt. Gesundheit ist eine gesellschaftliche Aufgabe und muss öffentlich und gemeinnützig organisiert und finanziert werden. Zur Finanzierung brauchen wir eine solidarische Krankenversicherung, in die alle entsprechend ihrer Einkommen einzahlen.

Thomas Licher,
Krankenpfleger und Gesundheitswissenschaftler/MPH

Wir gratulieren im Juni zum Geburtstag!

- Zum 93. Vera Tenner
- Zum 92. Berndt Spekker
- Zum 90. Friederun Fessen, Erika Präg
- Zum 89. Ruth Klein
- Zum 88. Günther Behncke
- Zum 87. Günter Herlt, Hasso Schlieffe
- Zum 85. Hans Lindenaus
- Zum 84. Gretchen Binus, Siegfried Rastig
- Zum 83. Erika Rohde
- Zum 82. Loretta Baselau-Kensy,
Joachim Fischer, Karl Schwarz